

**Der 1. Mai steht vor der Tür. Aus diesem Anlass sprach Uwe Vorberg mit dem DGB-Regionsvorsitzenden Michael Hermund über aktuelle Themen.**

*Michael, in wenigen Tagen finden die traditionellen Aktivitäten zum 1. Mai statt. Was verbindet Du ganz persönlich mit diesem Tag?*

Der Tag der Arbeit bedeutet für mich wochenlange Vorbereitung, viele Gespräche und Organisationsarbeit. Für die Gewerkschaften ist die Tradition des 1. Mai immer gleichzeitig die Verbindung zur Geschichte als Kampftag seit 120 Jahren und der Blick nach vorne. Am 1. Mai zeigen wir Flagge als Vertretung der Arbeitnehmerinteressen

*Eine Woche später finden in NRW Landtagswahlen statt. Welche Erwartungen hast Du an den Wahlausgang? Was kann ein Regierungswechsel für die ArbeitnehmerInnen in NRW bedeuten?*

## Politikwechsel ist notwendig



Ich glaube, dass in Nordrhein-Westfalen ein Politikwechsel notwendig ist, um Arbeitnehmerinteressen wirkungsvoll vertreten zu können. Nordrhein-Westfalen muss ein Bollwerk gegen die absehbare unsoziale Politik der Berliner schwarz-gelben Koalitionsregierung werden. Erster Schritt dazu wäre die Abwehr der Kopfpauschale im Gesundheitswesen über das Veto von NRW im Bundesrat. Wir brauchen eine

Landesregierung, die den Kommunen wieder eigenständiges politisches Handeln über eine gesunde Finanzausstattung ermöglicht. Die neue Landesregierung soll einen flächendeckenden Mindestlohn durchsetzen. Und wir in Bochum brauchen Unterstützung bei der Entwicklung als Standort für Elektromobilität.

Ich würde mich persönlich natürlich freuen, mit Guntram Schneider einen Arbeits- und Sozialminister zu bekommen, der genau weiß, was im Sinne der ArbeitnehmerInnen nötig ist.

*Vieles deutet auf eine mögliche Schwarz-Grüne Regierung hin. Ist das besser oder schlechter als die jetzige Regierungskonstellation?*

Das hängt von der konkret vereinbarten Politik, also dem Koalitionsvertrag ab. Die FDP tut sich z.B. beim Thema Mindestlohn besonders schwer. Bei der Industriepolitik wird es mit den Grünen nicht leicht; einen Sockelbergbau lehnen die Grünen ebenso ab wie die FDP.

*Du arbeitest mit anderen seit langem für die Einführung eines Sozialtickets. Die neue Schwarz-Grüne Mehrheit im VRR hat dessen Einführung jetzt für den Januar 2011 beschlossen. Ist dies ein Erfolg Eurer Arbeit oder taktisches Kalkül?*

Ob taktisches Kalkül eine Rolle spielt, ist nebensächlich. Es kommt darauf an, was für die Menschen erreicht wird. Insofern freue ich mich, dass CDU und Grüne im VRR unsere gewerkschaftliche Forderung nach einem Sozialticket aufgegriffen haben.

*Auf Bundesebene haben sich SPD und CDU auf eine Neuordnung der Betreuung Langzeitarbeitsloser verständigt. Jetzt sprechen sich in Bochum viele dafür aus, dass nur noch die Stadt als Optionskommune die Betreuung übernehmen soll. Wie steht Ihr als DGB dazu?*

Ich meine, die ARGE hat sich in Bochum auf einen guten Weg gemacht. Stadt und Agentur für Arbeit haben sich in Ergänzung ihrer Kompetenzen bei der Leistungsgewährung und Vermittlung zusammengerauft und eine Struktur aufgebaut. Das hat Jahre gedauert. Wenn als Optionskommune eine neue Organisation aufgebaut werden muss, dauert das wieder eine lange Zeit. Im Sinne der KundInnen, der Langzeitarbeitslosen, ihrer guten Betreuung und möglichst erfolgreichen Vermittlung sollte die ARGE weiterarbeiten und sich noch in Ihrer Dienstleistung vor Ort verbessern. ►

### 1. Mai 2010

Die diesjährigen Maikundgebungen des DGB stehen unter dem Motto „Wir gehen VOR! Gute Arbeit – Gerechte Löhne – Starker Sozialstaat“. Um 10.15 Uhr starten in Bochum drei Demonstrationen ab:

1. Jahrhunderthaus, Alleestraße 80
2. TKS (NO), Castroper Straße 228
3. ver.di, Universitätsstraße 76

Die Maikundgebung beginnt dann um ca. 11.00 Uhr auf dem Willy-Brandt-Platz / Rathausvorplatz. Hauptredner ist Manfred Schallmeyer, IG Metall Frankfurt. Auf dem Platz findet ein großes Familienfest mit Live-Musik und Kinderprogramm statt. Parteien und Verbände beteiligen sich mit Infoständen. Natürlich ist auch DIE LINKE Bochum mit dabei.



► *Stichpunkt vor Ort. Welche konkreten Arbeitsvorhaben stehen bei Euch an und gibt es dabei aus Sicht des DGB Anforderungen an die Kommunalpolitik?*

Die Einführung des Sozialtickets im VRR sollte auch von der

Stadt Bochum und der BoGeStra konstruktiv begleitet werden. Die Haushaltssicherung darf nicht zu Sparmaßnahmen bei denen führen, die sowieso schon benachteiligt sind. Also ein kostenloses Mittagessen für die SchülerInnen im Ganztagsbereich, keine Gebüh-

ren für Kindertagesstätten, der Erhalt der Strukturen im Sozial- und Jugendbereich, aber auch die Förderung von Sport und Kultur sind aus Sicht des DGB Kern eines friedlichen und sozialen Lebens. Die Stadt muss ihren Beitrag zur Ausbildung junger Menschen lei-

sten und darf die Zahl der Lehrstellen nicht reduzieren. Das Projekt der Elektromobilität muss auch von der Bochumer Kommunalpolitik mit allen Möglichkeiten unterstützt werden.

*Wir bedanken uns für das Gespräch.*

## Chancengleichheit für alle Kinder endlich durchsetzen

### Schulentwicklungsplanung in Bochum – Schulstrukturreform im Land

**Chancengleichheit für alle Kinder: Die Grundbedingung sozialer Bildungspolitik bleibt in Bochum beim Übergang nach der Grundschule im Jahr 2010 erneut unerfüllt.**

Die Gesamtschulen wiesen diesmal 87 Kinder zu den Hauptschulen ab, die selbst in ganz Bochum nur noch 111 Anmeldungen hatten. Die Gymnasien dagegen konnten wegen der großen Nachfrage über den Schulentwicklungsplan hinaus zwei zusätzliche Klassen bilden. Der Antrag der LINKEN, mit gleicher Flexibilität wie bei den Gymnasien auch an den Gesamtschulen alle Kinder aufzunehmen, scheiterte im Schulausschuss an SPD, Grünen und CDU: Gymnasialkinder sind ihnen anscheinend mehr wert als Gesamtschulkinder. Nicht nur 3,



sondern 6 von 7 Hauptschulen überleben vorerst: Bluttransfusion für ein sterbendes System.

Schulstrukturreform im Land und Schulentwicklungsplanung hier in Bochum müssen damit aufhören, 9- und 10-jährige Kinder zu sortieren. Das Schulrefe-

rat der evangelischen Kirche und die GEW haben deshalb auch in Bochum die Initiative „Länger gemeinsam lernen“ auf den Weg gebracht, die sich für eine Verlängerung der Grundschulzeit und eine gemeinsame Sekundarschule einsetzt. DIE LINKE. im Rat unterstützt diese Ziele nachdrücklich.

Die frühe Auslese in Deutschland, so beklagt es die Initiative im Gründungsauftrag, legt – in Europa fast einzigartig – die soziale Position früh fest, verhindert Entwicklungschancen und damit in vielen Fällen auch die soziale Integration von jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Landesweit unterstützen schon mehr als 1.000 SchulleiterInnen von Grundschulen das Projekt des längeren gemeinsamen Lernens.

CDU und FDP halten dagegen weiter an der Selektion nach Klasse 4 fest, die Schulreform der Grünen versinkt in einem 10-Jahresplan. DIE LINKE meint: So lange können unsere Kinder nicht mehr warten. Sie brauchen Chancengleichheit hier und jetzt: Schulen, die integrieren und nicht mehr ausgrenzen! **Ralf Feldmann**

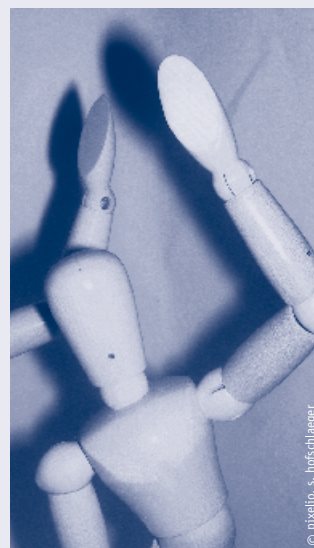
## Wer hat Anregungen für die Stadt?

**Der neu gewählte Rat hat die Einrichtung eines Ausschusses für Bürgeranregungen beschlossen. Gefordert hatte diesen DIE LINKE u.a. in ihrem Kommunalwahlprogramm.**

Seither haben die BürgerInnen einen direkten Anlaufpunkt, an den sie sich mit Anregungen für die Bochumer Lokalpolitik wenden können. Die Anregung ist schriftlich an die Stadt zu richten und kann dann im Ausschuss auch mündlich begründet werden. Zunächst berät der Ausschuss über

die vorgetragenen Argumente und beschließt – soweit nicht die Bezirksvertretungen oder die Oberbürgermeisterin zuständig sind – schließlich, ob die angeregte Maßnahme umgesetzt wird.

Nun ist es jedoch an der Stadt, die BochumerInnen angemessen über den Ausschuss zu informieren. Wenn die BürgerInnen nicht erfahren, welche Möglichkeiten ihnen der neue Ausschuss bietet, wird es nur bei einzelnen Anregungen bleiben. Der Ausschuss soll jedoch



all jenen einen Raum bieten, die mit Ideen und Anregungen das Leben in Bochum insgesamt bürgerfreundlicher gestalten wollen.

Wer dazu Fragen hat, kann sich gerne an unsere Fraktionsgeschäftsstelle unter 910-1296 oder linksfraktion@bochum.de wenden. **Bianca Schmolze**

# Jung und Arm – Kinderarmut in Bochum

**Mehr als 2,5 Millionen Kinder leben deutschlandweit unter der Armutsgrenze. Der deutsche Kinderschutzbund spricht davon, dass sich die Kinderarmut in den vergangenen 5 Jahren verdoppelt hat.**

Aus diesem Anlass hatte DIE LINKE. im Rat Mitte März zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen. Als ReferentInnen waren Dr. Carolin Butterwegge von der LINKEN.NRW, Britta Anger, Sozialdezernentin der Stadt, sowie Rolf Geers vom Stadtjugendring Bochum zu Gast. Nahezu 50 Interessierte waren gekommen, um mit ihnen zu diskutieren.

Zunächst wurde durch Dr. Butterwegge dargestellt, dass in Politik und Wissenschaft inzwischen die Tatsache unumstritten ist, dass die Armut bei Kindern deutliche Auswirkungen auf deren Gesundheit und auf die schulische



Entwicklung hat. Der Rückzug aus dem normalen gesellschaftlichen Leben gehöre zu den auffälligsten Zeichen. Klassenfahrten, Sportvereine, der Besuch von Freizeiteinrichtungen und oft sogar der Besuch beim Kindergeburtstag seien nicht finanzierbar und isolierten die Kinder.

Britta Anger stellte anhand ausgewählter Daten des Sozialberichts 2008 die Lage in Bochum dar. So

lebt laut diesem Bericht fast jedes 4. Kind in Bochum in Armut. Frau Anger machte deutlich, welche Maßnahmen die Stadt zur Abmilderung der sozialen Ausgrenzung trifft. Doch angesichts der Kommunal Finanzen befinde sich Bochum wie auch andere Kommunen in der Vergeblichkeitsfalle.

Rolf Geers verdeutlichte, wie schwierig die Jugendverbandsarbeit durch bereits vollzogene

und noch anstehende Kürzungen geworden ist. Beispielhaft nannte er die Ferienfreizeiten, die sich viele Familien nicht mehr leisten könnten. Er rief zu einer Protestveranstaltung gegen Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit am 5. Mai um 16.30 Uhr am Bochumer Hauptbahnhof auf. Dafür erhielt er viel Beifall.

In einer weiteren Runde stellte Carolin Butterwegge die Vorschläge der LINKEN zur Verbesserung der Situation vor. Dazu gehört nicht nur kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität, sondern auch die Verbesserung der finanziellen Situation der Familien. Bei der anschließenden Diskussion wurden dann noch einmal die verschiedenen Probleme und die politischen Möglichkeiten zur Verbesserung diskutiert. Für alle Beteiligten war es eine spannende Veranstaltung zu einem sehr aktuellen Thema. *Anna-Lena Orłowski*

## Ein Stadtteil wehrt sich!

**ThyssenKrupp betreibt in Bochum ein Werk, in dem Edelstahl erzeugt wird. Bei einer solchen Produktion fallen Stoffe an, die zwar zu einem großen Teil aufbereitet und insbesondere im Straßenbau Wiederverwendung finden, doch der Rest muss deponiert werden.**

Nun ist es so, dass ThyssenKrupp im Stadtteil Hamme noch eine Deponie besitzt, die allerdings seit über 20 Jahren nicht mehr benutzt wird. Jetzt wurden bei den zuständigen Genehmigungsgremien Anträge gestellt, die Deponie wieder zu eröffnen. Gleichzeitig besteht aber die Auflage, die Deponie nach bestehendem Umweltrecht abzudichten, was mit hohen Kosten verbunden ist. Was liegt also für ThyssenKrupp näher, als die De-

ponie nach der Abdichtung weiter zu betreiben.



Und hiergegen regt sich heftiger Widerstand der Hammer BürgerInnen. So wurden Flugblätter verteilt, Widersprüche eingelegt und Transparente an den Straßen angebracht. Ein vorläufiger Höhepunkt dieser Aktionen war eine BürgerInnenversammlung am 14. April. An dieser Versammlung nahmen über 200 BürgerInnen teil, die heftig, aber immer sachlich Fragen stellten und ihren Unmut unmissverständlich zum Ausdruck brachten. Viele Fragen danach, wie

die Deponie die Menschen gesundheitlich beeinträchtigen könnte, sind noch nicht geklärt und bevor hier nicht alle Antworten auf dem Tisch liegen und fachlich bewertet sind, wäre es von den zuständigen Gremien unverantwortlich, Genehmigungen zu erteilen.

Die Wiederinbetriebnahme der Deponie hätte für die Hammer Bevölkerung eine Reihe negativer Folgen. Erwähnt seien nur verkehrliche Belastung, Staub, Verschattung usw. Und ob nicht auch gesundheitlich negative Folgen auftreten können, ist bis heute nicht ausgeräumt. ThyssenKrupp sagt zwar immer wieder, dass mit solchen Folgen nicht zu rechnen sei, doch schon häufiger gab es in der Vergangenheit Zusicherungen dieser Art und erst später stellte sich heraus, dass sehr wohl gesundheitliche Risiken eingegangen wurden.

ThyssenKrupp ist aufgefordert, Standortalternativen zu entwickeln. Selbst wenn dies teuer für den Konzern wird, ist das besser, als die Deponie in Hamme auf Kosten der Bevölkerung wieder zu eröffnen. *Ernst Lange*

### Wir sind für Sie da

Montags bietet unsere BürgerInnensprechstunde von 17 bis 18 Uhr die Möglichkeit, mit uns über Probleme und mögliche Lösungen ins Gespräch zu kommen. Dazu stehen reihum die Rats- und Ausschussmitglieder für Fragen, Anregungen und Diskussionen in unserer Geschäftsstelle, Willy-Brandt-Platz 1–3 persönlich und telefonisch unter der Telefonnummer 0234 – 910-1295 zur Verfügung.



# Sozialticket in Schwarz-Grün

**Zum 01.01.11 soll im VRR das Sozialticket für den ÖPNV eingeführt werden. Nun endlich also das verbundweite Ticket für alle mit geringem Einkommen? Mitnichten!**

Nach der Kommunalwahl 2009 gingen aufgrund der veränderten Zusammensetzung in der VRR-Verbandsversammlung die dortigen Fraktionen der CDU und Bündnis 90 / Die Grünen eine Koalition miteinander ein. Im Zuge dieser weitreichenden Koalitionsvereinbarung mit der CDU handelten die Grünen die Einführung eines Sozialtickets – allerdings nur jeweils für ein Stadtgebiet im VRR und nicht für den gesamten VRR – zum 01.08.10 aus. Dieser Termin



wird, nachdem die SPD und einige einflussreiche Verkehrsbetriebe des VRR, darunter auch die BoGeStra, vehement gegen die Einführung Sturm gelaufen sind, nun nicht mehr eingehalten.

Stattdessen soll es im großen Einvernehmen zwischen SPD,

CDU und Grünen jetzt erst einmal eine Marktstudie geben, die die Voraussetzungen und Machbarkeit evaluiert. Die Einführung eines Sozialtickets im VRR 2010 ist damit gescheitert.

Wie das Sozialticket 2011 letztlich genau aussehen wird,

steht noch in den Sternen. Klar ist auch, dass die CDU-Mehrheit in der VRR Verbandsversammlung in Wirklichkeit kein Interesse an einem Sozialticket hat. Die SPD findet nicht zu einem klaren Kurs, außer dass die SPD-nahen Verkehrsbetriebe Front gegen das Sozialticket machen. Und die Grünen sind mit ihrem Steckenpferd Sozialticket derzeit schachmatt. Schuster bleib' bei deinen Leisten!

Statt Schwarz – Grün oder große Koalition lieber ein Rot-Rot-Grünes Sozialticket, auf das es sich zu verlassen lohnt.

*Sebastian Michaelis*

**Seniorenport ist wichtig. Er erfüllt nicht nur eine gesundheitliche, sondern sehr oft auch eine soziale Aufgabe. Das gemeinsame Erleben, die Gespräche mit den SportsfreundInnen und die Tasse Kaffee im Anschluss ist für viele ältere Menschen ein nicht unbedeutender Fixpunkt, auf den sie sich freuen.**

Und weil dies so ist, hat DIE LINKE. im Rat bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr auch beantragt, die Kürzungen im Seniorensport zurückzunehmen.

## Die Krokodilstränen der Frau Schäfer

men. Unser Antrag wurde aber abgelehnt. Bürgermeisterin Schäfer (SPD) stimmte im Sozialausschuss gegen ihn und auch im abschließend beratenden Hauptausschuss fand unser Antrag vor den Augen der SPD keine Gnade.

Als allerdings Mitte März die WAZ über die konkreten Auswirkungen berichtete, besann sich zumindest Frau Schäfer eines Besseren. In ihrer Funktion als Vorsitzende des Stadtport-



bundes betonte sie, dass Seniorensport richtig und notwendig ist. Diese Erkenntnis kommt leider zu spät.

Als Ernst Lange im Herbst für die Linksfraktion darauf hin-

wies, dass das Wegfallen des Zuschusses von 12.000 Euro in keinem Verhältnis zu dem Verlust an Gesundheit und Lebensfreude stünde, wurde er wieder mal als unrealistischer Politiker abqualifiziert. Frau Schäfers Krokodilstränen über das Ende des Seniorensports können wir uns nur mit den Landtagswahlen am 9. Mai erklären. Populismus in Reinkultur. Schade nur, dass die Seniorinnen und Senioren nichts davon haben werden.

### IMPRESSUM

Linksfraktion Bochum  
Uwe Vorberg (V.i.S.d.P.)  
Altes Postgebäude  
Willy-Brandt-Platz 1 – 3,  
44777 Bochum  
Tel.: 0234 – 910 12 95 / 12 96  
Fax: 0234 – 910 12 97  
linksfraktion@bochum.de  
www.linksfraktion-bochum.de  
Fotos: pixelio (S.2,3,4),  
Linksfraktion Archiv (S.1,3,4)

### LINKE. Einblicke

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion Bochum erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname Straße, Hausnummer Postleitzahl, Ort

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse: